

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 20. November 1929

Nummer 93

Die Erneuerungseist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 RM. Bestellgebühr 12 Pf.
20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines
Monats aufgegebenen Bestellungen.

Arbeitslosennot als Gefahr für Staat und Wirtschaft

In zwei tiefschürfenden Artikeln rollte die Redaktion des „Korr.“ in den Nummern 89 und 90 — gedrängt von der Gegenseite — das ganze Problem der Arbeitslosennot auf. Diese Artikel sind getragen von Verantwortlichkeit und von der hohen Kulturaufgabe, Hunderttausende von Menschen wieder einzureihen in den Produktionsprozeß. Denn „... so muß sich doch der Grundfals durchsetzen, daß wenn die Wirtschaft dazu da sein soll und will, die materiellen Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft mit Hilfe aller Kräfte der letzteren zu befriedigen, eben diese Wirtschaft und ihre einzelnen Zweige kein Recht haben, menschliche Arbeitskräfte, die von ihnen für ihre Zwecke allein herangezogen und ausgebildet wurden, einfach nach Belieben wieder abzustößen und einem unsicheren und trostlosen Schicksal zu überlassen.“ So urteilt der „Korr.“

Ich will nun das Wort „trostloses Schicksal“ herausgreifen und die Gefahren, die in diesem „trostlosen Schicksal“ nicht allein für die davon persönlich Betroffenen, sondern auch für Staat und Arbeiterschaft abgrundtief liegen, in kurzen Strichen beleuchten.

Was sind das für Gefahren für den Staat und die Arbeiterschaft? Der „Korr.“ errechnet, daß für 1929 eine Armee von 8500 arbeitslosen Buchdruckern zu verzeichnen seien. Also, wohlgemerkt, 8500 Kollegen sind Tag für Tag, vom 1. Januar bis 31. Dezember verdammt gewesen, arbeitslos zu sein. Was macht das für Riesensummen aus, immer nur bei den Buchdruckern, die dadurch dem Volksvermögen verloren gehen? Auch hier gibt der „Korr.“ folgende Auskunft: „... die Unterstützung, die diese 8500 arbeitslosen Buchdrucker aus Mitteln der öffentlichen Arbeitslosenversicherung und unserer Verbandstasse erhalten, auf durchschnittlich nur 30 M. wöchentlich gerechnet, so ergibt sich daraus für das ganze Jahr die Gesamtsumme von 15 Millionen Mark, neben einem Verlust von 20 Millionen verloren gegangener Arbeitsstunden, die in Umrechnung ihres durchschnittlichen Verkaufs- und Ertragswertes einen Verlust von 80 Millionen, also insgesamt 95 Millionen Mark allein für das Buchdruckergewerbe betragen.“ Diese Summe im gleichen Sinne umgerechnet auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, ergibt viele Milliarden!

Wer bringt nun diese Riesensummen, die uns durch die Arbeitslosennot verloren gehen, wieder ein? Wozu, die wir das Glück haben, Arbeit zu haben, müssen darum Frontdienste leisten für die Opfer einer kranken kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Für das, daß letztere sich eine Reservearmee zu schaffen verstand, mit deren Hilfe sie die Arbeitszeit hochhält, die Löhne dagegen niedrig gestaltet, für dies muß derjenige, der arbeitet, in Gestalt von Steuern, Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung, regelmäßige und Extrabeiträge für den Verband zum allergrößten Teil die Kosten allein aufbringen. Ja, er muß nicht allein die Kosten für die Arbeitslosen aufbringen, er muß auch die große Zahl der Beamten, die in den Arbeitsämtern usw. tätig sind, mit bezahlen.

Die Frage drängt sich nun unwillkürlich auf, warum ist denn der Kapitalismus und der von ihm beherrschte Reichstag überhaupt für eine Unterstützung dieser „Arbeitslosen“? Doch wohl nur deshalb, weil man „diesen Teil des Fabrikmaschinenparcs“ aus zweierlei Gründen doch am Leben erhalten muß. Wenn die Arbeitslosen auch nur vegetieren, aber am Leben müssen sie erhalten bleiben. Erstens, weil man ja sonst keine Reservearmee für die schon oben angeführten Zwecke hätte, und zweitens, erhalten „diese Teile des Fabrikmaschinenparcs“ gar keine Unterstützung, so erwacht, von Verzweiflung getrieben, die Wut im Menschen, und vor dieser hat man Angst!

Also, Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge muß sein, aber nur nicht zu hoch! Weshalb denn nicht zu hoch? Auch hier ist man an „ethischen“ Gründen nicht verlegen. „Damit der Wille zur Arbeit, zum geordneten Familienleben nicht erlischt!“ Ist doch wunderbar schön begründet!

Das wären — ohne die Materie völlig auszuschöpfen — die Hauptgründe, welche dem Staat und damit der Arbeiterschaft aus dieser Not entstehen. Für den einzelnen ist aber der Schaden ein noch größerer. Ich will das Materielle gar nicht so arg in den Vordergrund schieben. Nicht nur, daß der einzelne, und ist er verheiratet, mit ihm in Schicksalsgemeinschaft seine Frau, seine Kinder, Not leiden müssen an Essen, Kleidung usw., auch alle Güter der Kultur sind ihnen verpfänd, denn es fehlt ihnen einfach an Mitteln hierfür. Schon allein der Hunger ertötet alles Kulturverlangen. Und dem Hunger folgt dessen treuer Bruder, die Verzweiflung. Diese äußert sich nicht bei allen gleich. Aber bei sehr vielen tritt das Lumpenproletariat in die Erscheinung. Dieser Teil, der immer stärker zunimmt, geht dem republikanischen Staate verloren. Links- und Rechtsradikale ernten diese graufame Saat. Wer mir dies heute noch nicht glauben kann, der beachte die Vorgänge, wie sie in der Nr. 90 des „Korr.“ im Berliner Versammlungsbericht geschildert wurden.

Nun die Kardinalfrage. Wird es in Deutschland, dem klassischen „Land der sozialen Fürsorge“ so weit kommen, daß in allernächster Zeit ein Lumpenproletariat entsteht? Alle Anzeichen, die zur Bejahung dieser schicksalschweren Frage — ob Deutschland hohlgewirtschaftet wird — führen, sind vorhanden. Und Aufgabe einer weisen Führerschaft ist es, die Kampflage nicht zu überschätzen, aber auch nicht zu unterschätzen.

Hunderttausende von jungen Leuten werden nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos, sie lernen das leichte Leben — um kein stärkeres Wort zu gebrauchen — kennen, sind innerlich noch nicht gefestigt oder gewerkschaftlich erzogen und neigen daher mehr dem Materialismus als dem Idealismus zu. „Alle“ Arbeiter von über 40 Jahren erhalten auch schon kaum noch Arbeit, auch sie werden dann verbannt, eine gewisse Wutigkeit macht sie zu Versammlungswürgern. Und es wird deshalb dazu kommen, dies ist die folgerichtige Entwicklung, daß wenn Republik und Gewerkschaften ruhen, sie nur taube Ohren vorfinden. Denn der Hunger erzieht alle Lebensideale. Vor der jugendliche oder ältere Arbeitslose sein eignes Leben gestört, so wird man ihn selten mehr in den Reihen der Aufbauenden finden.

Der „Korr.“ macht nun höchst beachtenswerte und auch durchführbare Vorschläge, wie man diese Zukunftsgefahren bann und wie es möglich ist, diese Opfer der über Millionen von Mark verschwenderisch verfügbaren Industrie in den Produktionsprozeß wieder einzufügen. Die Aufgabe dieser Zeilen soll es nun sein, diese Vorschläge in Form von Forderungen, gestellt an alle, die noch den Menschen im Menschen achten, von der Plattform des „Korr.“ aus laut und eindringlich zuzurufen. Diese Forderungen sind folgende:

1. Verkürzung der Arbeitszeit.
2. Gesetzliches Verbot jedwelter Überarbeit, so lange es in einem Gewerbe viele Arbeitslose gibt.
3. Zusammenfassen der Sozialgesetzgebung, Ausbau derselben und besonders der Arbeitslosenunterstützung, in dem Sinne, daß wer arbeitslos ist, zeitgemäße Unterstützung erhält, und zwar so lange, bis er wieder Arbeit zugewiesen erhält. Abschaffung der Armen- (genannt Krisen-)Fürsorge.
4. Meldepflicht der Unternehmer für freiwerdende Stellen beim Arbeitsamt.
5. Ersetzung der Invalidenrente durch ein staatliches Pensionsgesetz.
6. Pensionierung und Herausnahme aus den Betrieben aller über 60 Jahre alten Arbeiter und deren Erziehung durch Arbeitslose bis zu 60 Jahren.

Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß es meinen Forderungen so ergehen wird wie bei allen Neuerungen, und daß daher viele fragen werden, ob der Verfasser noch geistig normal sei. Denn es liegen bei einem Prozentatz der Arbeiter die Dinge leider so, daß man Verbesserungen seiner eignen Lage sich gar nicht mehr zu fordern getraut und meint, daß der Arbeiter eben Arbeiter bleiben muß. Besonders die 5. und 6. Forderung werden größeren Widerstand auslösen. Einige werden sagen, wir leben im

20. Jahrhundert und nicht mehr im Mittelalter, wir können doch niemand zwingen, mit 60 Jahren aus dem Betrieb herauszugehen. Eben weil wir nicht mehr im Mittelalter leben, müssen wir dies sogar, wenn es sich um Höheres handelt, als um die Eigenwilligkeit eines einzelnen. Ganz abgesehen davon, daß jetzt schon der Staat, der Verband durch Gesetze, Tarife oder Verbandsstatuten den Eigenwillen, der ja meistens hemmungsloser Egoismus ist, beschneidet, so müssen eben durch ein Reichsgesetz im Interesse Hunderttausender, die auf der Straße herumlungern, die über 60jährigen aus den Betrieben entfernt werden. Bei den Beamten geht es doch auch (65 Jahre). Natürlich müssen die Pensionssätze so sein, daß der „Alte“ mit Familie leben kann. Einen Vergleich zu ziehen zwischen der Angestelltenversicherung und der „ja nur für Arbeiter“ bestimmten staatlichen Invalidenversicherung lohnt sich überhaupt nicht mehr. Weg damit und die Bahn freimachen für „Geldlose Pflichten bei gleichen Rechten“.

Bessere Gründe gegen den Antrag 6 würden die Gewerkschaften vorbringen und auch mit Recht. Aber auch diese sind leicht zu beseitigen. Es geht natürlich nicht, daß aus Mitteln der Verbandstassen, also wieder aus Mitteln der Arbeiter selbst, den 60 Jahre alten und noch älteren Kollegen, die fester noch arbeiten und durch ein Gesetz pflöschlich aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden müßten, eine Pension bezahlt werden müßte, ohne daß dafür die erforderlichen finanziellen Voraussetzungen geschaffen wären. Aber auch das wäre kein Granit!

Ganz Anglistische werden sagen: „Die Anträge 5 und 6 sind Bloßbühnen, wo soll der Staat das Geld dazu hernehmen.“ Ganz abgesehen, daß der Antrag 6 nicht gar zu hohe Kosten verursacht, da ja für die „Zwangspensionisten“ wieder Ersatz aus den Reihen der Arbeitslosen kommt, aber die Kosten bei letzterer geringer werden. Aber dieser Art von Kritikern möchte ich eifriges Studium der Berichte über Ausgaben des Reichstags, der Landtage usw. empfehlen. Sie werden gründlich geholt, denn danach ist Überfluß an Geld in Deutschland. Auch die Furcht vor dem Widerstand der „Wirtschaft“ sollte uns nicht abhalten, die Forderung zu stellen, denn der gleiche Widerstand wird ausgelöst, ob der Arbeiter 5 Pf. oder 100 M. verlangt.

Der „Korr.“ hat mit dem Aufrollen dieser Frage in den Nrn. 89 und 90: „Wie ist die Arbeitslosigkeit wirksam zu beseitigen?“, dieselbe zur allgemeinen Diskussion gestellt. Und nun auf zur öffentlichen Erörterung! C a t o.

Anmerkung der Schriftleitung: Wenn auch der vorstehende Artikel über das uns zunächst vorstehende Ziel bezüglich des Problems der Arbeitslosigkeit teilweise hinausgeht, d. h. soweit es sich um die Berücksichtigung der dabei in Frage kommenden Schwierigkeiten handelt, so beurteilen wir dennoch diesen Artikel als erfreulichen Beweis dafür, daß uns unter Darlegungen in Kollegentreffen die notwendige Beachtung gefunden haben. Wir nehmen an, daß sich noch andere Kollegen mit einer zeitgemäßen schriftlichen Stellungnahme befassen und würden es begrüßen, wenn sie sich dabei etwas weniger mit ferner liegenden Lösungen als vielmehr mit der Erörterung schnell und praktisch wirkender Vorschläge aus der Praxis für die Praxis der Gegenwart befassen würden.

Das falsche System

Die deutsche Sozialpolitik hat in den der staatlichen Umwälzung folgenden Jahren unsehbare Fortschritte gemacht. Die Sozialversicherung der Arbeiter, Frauen, Jugendlichen- und Kindererziehung wurden ausgebaut, das Arbeitsrecht, Tarif- und Schlichtungswesen teils neu geschaffen, teils auf neue gesetzliche Grundlagen gestellt, die Arbeitszeit sowie das Arbeitsvermittlungswesen neu geregelt und die Arbeitslosenversicherung geschaffen. Daneben laufen zahlreiche weitere Änderungen auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtspflege, die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, die Kleinrentner- und Inflationsopferversorgung, des Mieterschutzes, der Wohnungswirtschaft usw. Diese Änderungen und Maßnahmen sind zum erheblichen Teil als Folge des Krieges und seiner wirtschaftlichen Auswirkungen anzusehen, zum anderen Teil auf den gegen die Vorkriegsjahre wesentlich erhöhten Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf die Gesetzgebung zurückzuführen. Ihre Bedeutung ist um so größer, als sie in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher und finanzieller Depression durchgeführt wurden. Sie erschienen jedoch in Hinblick auf die politische

und wirtschaftliche Lage fast ausnahmslos so bringend, daß weder die jeweiligen, keineswegs immer sozial eingestellten Regierungen, noch die bürgerlichen Parteien ihrer Durchführung besonderen Widerstand entgegenzusetzen wagten.

Selbst die Unternehmer erweckten während der ersten Nachkriegsjahre den Eindruck, als ob sie ihre alte Feindschaft gegen die „elende Sozialpolitik“ aufgegeben und sich mit den Anforderungen der neuen Zeit abgefunden hätten. Kamen doch in der Zeit der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften verschiedene sozialpolitische Neuerungen, wie z. B. die Einführung des Achtstundentages, die verordnungsrechtliche Regelung des Tarifs und Schlichtungswesens, die teilweise Neugestaltung des Arbeitsrechts und die Anerkennung des Koalitionsrechts unter ihrer Mitwirkung zustande. Es fehlte deshalb nicht an Optimisten, die unter diesen Umständen an eine grundsätzliche Umstellung der Unternehmer glaubten und die Ansicht vertraten, daß es schließlich doch zu einer Ausgleitung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sowie zur Aufgabe der Klassenkampfbildung bei den Arbeitern kommen würde.

Doch das war einmal, noch dazu nur recht kurze Zeit! Die damaligen Optimisten wurden schnell eines anderen belehrt. Das Unternehmertum hat bald die ihm durch die Not der Nachkriegszeit aufgedrungenen Mängel zur besseren sozialpolitischen Einseitigkeit abgeworfen und steht — wie seine Angriffe gegen die Sozialversicherung, den Arbeitsschutz, den Achtstundentag, das Tarif- und Schlichtungswesen, die Arbeitslosenversicherung und Wohnungsfürsorge beweisen — der Sozialpolitik feindseliger denn je gegenüber. Ungesättigt aus dem Grunde, weil die den Arbeitern gemachten sozialpolitischen Zugeständnisse mit den daraus folgenden Lasten für die Wirtschaft unentwärtlich seien, die Kapitalbildung hindere, die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die Selbstständigkeit und Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter untergraben, ihren Arbeitswillen und ihre Arbeitsmoral zerstören und sie zu Simulanten und Rentenjägern machen.

Für alle diese Behauptungen haben die Unternehmer nicht den geringsten stichhaltigen Beweis erbringen können und war es in allen Fällen möglich, sie als auf grober Übertreibung und Entstellung beruhend nachzuweisen. Das hält sie aber keineswegs ab, ihre bösartigen und wahrheitswidrigen Angriffe gegen die Sozialpolitik fortzusetzen und die alten längst widerlegten Behauptungen von ihrer wirtschaftlichen und moralischen Verderblichkeit nur von neuem zu wiederholen. Das ist auch auf der letzten in Bremen abgehaltenen Tagung des Reichsausschusses für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei geschehen, wo sich der stellvertretende Vorsitzende der deutschvolksparteilichen Reichstagsfraktion, Geheimrat Dr. Zapf, u. a. zu dem Ausspruch verließ: „Wenn eine Sozialpolitik damit abschließt, daß sie 1½ Millionen Arbeitslose schafft, wenn eine Wohnungspolitik nach Ausgabe von vielen Milliarden der Wohnungsnot nicht beikommt, dann muß in diesem System Falches vorhanden sein.“

Man scheint sich also nicht, die deutsche Sozialpolitik für die bestehende Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot verantwortlich zu machen und das ihr zugrunde liegende System als falsch zu erklären. Das ist offenkundig Anfin und zweifellose Demagogie, was jedem einigermaßen logisch Denkenden sofort zum Bewußtsein kommen muß, wird doch hierbei das Verhältnis zwischen Ursache und Wirkung glatt umgekehrt. Denn auch jedem mit der sozialpolitischen Entwicklung weniger Vertrauten ist bekannt, daß die Sozialpolitik nichts anderes als die Reaktion auf die Menschen und Gesundheit verwilligten Bewußtseins der kapitalistischen Ausbeutung darstellt, dazu bestimmt, diese Verwüstungen zu verhindern oder doch wenigstens zu mildern. Bedinglich deshalb, weil die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus nicht länger zu ertragen war, wurde es für den Staat aus Selbstverteidigungsgründen zur unabwiesbaren gebieterischen Notwendigkeit, sozialpolitische Maßnahmen einzuleiten. Auf diesem Wege wurde er sowohl durch die wirtschaftliche Entwicklung, wie auch durch den steigenden Druck der ihrer Ausbeutung bewußt werdenden Volksschichten immer weitergetrieben. Einen weiteren Anstoß in dieser Richtung gab der verlorene Krieg, dessen Auswirkungen ohne sozialpolitische Zugeständnisse das Staats- und Wirtschaftsgebäude zum Zusammenbruch gebracht hätten, den zu verhindern im eigenen Interesse der Kapitalistenklasse selbst lag. Das ist auch heute noch nicht anders, wenigstens die Gefahr des wirtschaftlichen und staatlichen Zusammenbruchs nicht mehr in ähnlich drohender Nähe gerückt ist, wie noch vor wenigen Jahren.

Will man daher von einem falschen System reden, so liegt es nicht der Sozialpolitik, sondern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zugrunde, deren Entwicklung sich insofern in einem sehr schiefen Kreislauf bewegt, als die durch sie hervorgerufenen Mängel fortgesetzt nur die Erweiterung der bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen erfordert. Davon wollen freilich die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts wissen. Es ist aber so und nichts davon abzustreiten! Die mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbundene Ausbeutung der Arbeiter hat trotz aller technischen Fortschritte keine Verminderung erfahren, ist vielmehr ganz beträchtlich gesteigert worden. Die Ausnutzung der Arbeiter und der Verbrauch ihrer Arbeitskraft geht heute viel schneller als früher vor sich, wird doch der moderne Industriearbeiter bereits mit 40 Jahren

nicht mehr als voll leistungsfähig und verwendungsfähig angesehen. Wohl ist durch sozialpolitische Maßnahmen das Lebensalter der Arbeiter verlängert worden, dafür haben sich aber die gesundheitsschädlichen, Leben und Gesundheit der Arbeiter bedrohenden Einflüsse in der Industrie ganz gewaltig vermehrt. Das zeigen nicht nur die immer höher anwachsenden Unfallziffern, sondern auch die zunehmende Krankheitsauffälligkeit und das Herd der Arbeitsinvaliden.

Nicht minder wird im Verlaufe dieser Entwicklung das Mißverhältnis zwischen Erzeugungsfähigkeit der Industrie und Kaufkraft der arbeitenden Massen nur größer. Anstatt die Kaufkraft und Verbrauchsfähigkeit der Arbeiter zu heben, werden von den Unternehmern die Löhne mit allen Mitteln niedrig zu halten gesucht, die Arbeitszeit wird ausgedehnt, die Arbeitsleistung aufs äußerste angespannt und durch Anwendung arbeitsparender Maschinen immer weitere Arbeitermassen auf die Straße geworfen. Maßgebend bei diesem Vorgehen ist ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen nur der Gewinn des einzelnen Unternehmers, ein Treiben, das nichts anderes als die Zerrüttung der Wirtschaft und letzten Endes wirtschaftliche Katastrophen nach sich ziehen muß.

Aus diesem sehr schiefen Kreislauf kommt der Kapitalismus trotz aller offensichtlichen Nachteile des ihm zugrunde liegenden Systems aus eigener Kraft nicht hinaus. Noch weniger ist der einzelne Unternehmer dazu imstande. Alle bisher dazu unternommenen Versuche, durch Kongressierung, Kartellierung und Rationalisierung der Industrie zu einer vernünftigeren wirtschaftlichen Regelung der Produktion wie des Verbrauchs zu gelangen, sind fehlgeschlagen; und es besteht keine Aussicht, daß es hierin anders wird, solange der Kapitalismus seine heute noch maßgebende Stellung in der Wirtschaft aufrecht zu erhalten vermag. Das wird aller Voraussicht nach nicht ewig dauern! Schon lange sind Kräfte am Werke — und er selbst trägt dazu bei, sie zu vermehren —, die die Beseitigung des kapitalistischen Systems und seinen Ersatz durch die sozialistische Gemeinwirtschaft anstreben. Diese Entwicklung geht jedoch sehr langsam vor sich. Bis zu dem Zeitpunkt aber, wo sie stark genug geworden sein wird, um das kapitalistische System abzulösen, bleibt die Sozialpolitik trotz aller gegen sie gerichteten Angriffe eine Notwendigkeit, um die aus ihm entstehenden Schäden nicht zu einer Gefahr für die Gesamtwirtschaft werden zu lassen, und wird ihr weiterer Ausbau nicht vernachlässigt werden dürfen. Aber auch dann, wenn das kapitalistische System als solches erledigt ist und die sozialistische Gemeinwirtschaft an seine Stelle tritt, wird die Sozialpolitik nicht verschwinden, sondern in wenn auch anderer, der neuen Wirtschaft angepasster Form unentbehrlich sein.

Beschleunigte Kapitalbildung oder Überprofite?

Aber die Notwendigkeit einer ausreichenden Kapitalbildung für den Ausbau und die Vervollkommenung des Produktionsapparates bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Die Produktivkräfte dürfen nicht allein im Dienste des letzten Verbrauchs stehen, vielmehr muß ein Teil der vorhandenen Kapitalien und Arbeitskräfte der Vorbereitung zukünftiger Produktion dienen. Die Meinungsverschiedenheiten beziehen sich einmal auf *Umsatz* und *Tempo* der Kapitalbildung. Auf der einen Seite wird mit Rücksicht auf die Kapitalknappheit eine Verzögerung des Aufbaues und eine Beschränkung des Tempos der Kapitalbildung gefordert, während auf der anderen Seite auf die Gefahren einer solchen Beschränkung: übermäßige Ausdehnung von Produktionsanlagen in bereits allzu leistungsfähigen Produktionszweigen und eine untragbare Einschränkung des letzten Verbrauchs, hingewiesen wird. Die Befürworter der beschleunigten Kapitalbildung betonen sich in der hohen Zinsfuß, der ein Gradmesser der Kapitalbildung sei und allein durch beschleunigte Kapitalbildung gesteigert werden könne. Dem gegenüber kann dreierlei eingewendet werden: Einmal, daß der hohe Zinsfuß unter Umständen nicht der Ausdruck einer absoluten Kapitalknappheit zu sein braucht, sondern das Zeichen einer stürmischen Entwicklung der Wirtschaft und einer allzuweit getriebenen Rationalisierung sei. Zweitens, daß der Zinsfuß auch durch Veranziehung von Auslandsanleihen gesteigert werden könne. Drittens kann aber gezeigt werden, daß jener behauptete hohe Zinsfuß für die kartellierte Großindustrie, d. h. für einen entscheidend wichtigen Teil der Wirtschaft, überhaupt nicht besteht. Seine Unternehmungen bestreiten nämlich ihren Kapitalbedarf zum größten Teil aus ihren laufenden Gewinnen, für die sie demnach keine Zinsen zu zahlen brauchen, und ziehen fremdes Kapital allein zur Deckung ihres Spitzenbedarfs heran. Aus der Mischung der zinslosen Eigenkapitalien mit den hochverzinslichen Fremdkapitalien entsteht dann für sie eine verhältnismäßig sehr niedrige Zinsbelastung. Es sind allein die anderen Teile der Volkswirtschaft, in erster Linie die Wirtschaft der öffentlichen Hand, die unter der hohen Zinslast zu leiden haben, und zwar zum großen Teil gerade deshalb, weil die andere Gruppe sich von der hohen Zinslast zu befreien in der Lage ist.

Die andere Meinungsverschiedenheit bezieht sich darauf, an welchen Stellen die wirtschaftlich notwendige Kapitalbildung erfolgen soll? In der kapitalistischen Wirtschaft sind die *Profite* die hauptsächlichste Quelle der Kapitalbildung, da nur ein Teil der Gewinne verbraucht, der

andre aber zurückgestellt wird. Doch gibt es auch andre Formen der Kapitalbildung: wie Ersparnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten; die Kapitalbildung bei der öffentlichen Hand und in der Gemeinwirtschaft; endlich die Kapitalbildung der sozialen Anstalten. Die Unternehmer wollen die Kapitalbildung aus Profiten, die Arbeiterklasse aber aus den anderen Quellen steigern. Es liegt auf der Hand, daß es der Arbeiterklasse nicht gleichgültig, ja von großer Bedeutung ist, wo sich die Kapitalbildung vollzieht. Es ist uns vollkommen verständlich, wie der Bonner Nationalökonom Professor Schumpeter in seinem Aufsatz im „Deutschen Volkswirt“ „Was vermag eine Finanzreform?“ sagen kann, daß es jedermann gleichgültig sein kann, wo Kapitalbildung erfolgt, wenn sie nur überhaupt erfolgt, und daß sich an die Kapitalbildung keine Klasseninteressen knüpfen!

Professor Schumpeter will die Arbeiterklasse auch damit verführen, daß die auf Kosten der Löhne und der Sozialpolitik, oder durch Steuerentlastung des Besitzes erwungene Kapitalbildung nicht eine Einschränkung des Verbrauchs bedeutet. Die zurückgestellten Kapitalien liegen ja nicht brach, sie werden für den Ausbau von Anlagen usw. verwendet, werden daher in Form von Löhnen, Gehältern usw. wieder ausgegeben. Sie werden demnach nicht dem Verbrauch überhaupt, sondern nur „dem Verbrauch jener entzogen, denen diese zurückgestellten Summen sonst zugefallen wären“. Für Professor Schumpeter scheint es gleichgültig zu sein, welchen Verbrauch geschmälert und welchen Verbrauch gesteigert wird. Bei der Anlagentätigkeit entstehen ja stets neue Profite für die Unternehmer und neue Grundrenten für Landwirte und Rohstoffbesitzer. Der Fonds für den Luxussumme der Unternehmer wird entsprechend wachsen. Der Mehrverbrauch der Arbeiterklasse durch die vergrößerte Anlagentätigkeit wird demnach nur zu einem Teil die Verbrauchseinschränkung wettmachen, die ihre durch niedrige Löhne oder Massenentlohnungen aufgewungen wurde. Die beschleunigte Kapitalbildung mag erforderlich sein oder nicht; sie wird zweifellos die Einschränkung des letzten Verbrauchs zur unmittelbaren Folge haben.

Wir werden dann von Professor Schumpeter noch weiter beruhigt: er stellt uns, wenn nur die Kapitalbildung nach seinen Wünschen gefördert würde, die *Steigerung* der *Kapitalbildung* mit aller Sicherheit in Aussicht. Er befiehlt in diesem Zusammenhang, daß die Preise allerdings nicht sinken können, weil „die wichtigsten Kostenposten politisch fixiert sind“. In diesem Punkte wiederholt Professor Schumpeter die Ansichten, die er seit längerer Zeit in Unternehmerversammlungen und in der Unternehmerversprechungszeit, daß die gegenwärtige Lohnbildung, die Sozialpolitik und die Finanzpolitik, indem sie die Kapitalbildung erschweren und der Preisentfaltung im Wege stehen, zu Verluftwirtschaft, zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führen und die Erhöhung der Reallohn verhindern.

Man findet hier die vom schwedischen Nationalökonom Cassel seit Jahr und Tag vorgetragene Lehre wieder, wenn sie auch von Schumpeter mit größerem Glanz und Scharfsinn entwickelt wird. Vor zwei Jahren war Professor Schumpeter noch anderer Meinung. Damals sagte er: Die Lehre von Cassel ist allen Ehren, sie sei jedoch nur für eine Wirtschaft gültig, in der die freie Konkurrenz herrscht. Damit ist es aber gründlich vorbei. Wir leben in einer Zeit, wo die Wirtschaft von den Kartellen und andern Monoporganismen beherrscht wird, wo sich also die Preisbildung, damit auch die Gestaltung der Reallohn wie des Arbeitsmarktes nicht mehr nach jenen von Cassel für die freie Wirtschaft aufgestellten Gesetzen vollzieht. Heute redet Professor Schumpeter nur noch davon, daß wichtigste Kostenelemente „politisch“ bestimmt werden, und nicht mehr davon, daß auch von Kartellen und Monoporganismen künstlich wichtige Kostenelemente bestimmt werden. Professor Schumpeter fordert jetzt die Entlastung der Unternehmer von Lohnsteigerungen, sozialen Aufwendungen und von Steuern, verspricht für diesen Fall eine bessere Zukunft, insbesondere die Steigerung der Reallohn, vergibt aber davon zu sprechen, daß in der Monopolkapitalbildung alle jene Wirkungen ganz anders gerichtet sind. Wir haben mit Erstaunen feststellen müssen, daß er die Kartelle und Monoporganismen bereits seit Jahren nicht mehr erwähnt! Es wäre höchst aufschlußreich, zu erfahren, weshalb Professor Schumpeter die Monopole so gründlich vergaß? Wegen des Wandels seiner Ansichten könnte man dem berühmten Professor keinen Vorwurf machen, wenn er begründet hätte, weshalb seine damalige Kritik irrtümlich war und wodurch er eines Besseren belehrt wurde?

Wenn jedoch die Frage nach der Kapitalbildung so gestellt wird, wie es im übrigen auch bei Professor Schumpeter geschieht, daß man für die Kapitalbildung Opfer bringen muß, so stimmen auch wir dieser Ansicht zu, gerade weil wir die Bedeutung der Kapitalbildung nicht unterschätzen. Auch die Arbeiterklasse muß Opfer bringen, und es tut es auch. Was insbesondere die Staatsfinanzen anlangt, so steht sie grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das Steuerwesen im Sinne der Steuergerechtigkeit und des Ausgleichs der Einkommensunterschiede umgestaltet werden soll, ist aber trotzdem bereit, diese Forderung zunächst zurückzustellen. Da aber die Staatseinnahmen heute noch zumindest zu zwei Dritteln aus Massenbelastung aufgebracht werden, so muß eine weitere Belastung der arbeitenden Massen verhindert werden. Die Fragen nach den Opfern für die beschleunigte Kapitalbildung lauten also: *Wie weit* diese Opfer gehen können? *In welchen*

an dieser Fahrt beteiligt, die viel Wissenswertes mit nach Hause genommen haben, denn es wurde ihnen viel geboten. Gleich nach Ankunft in Leipzig wurde die Firma Bobach befragt. Hierauf ging es geschlossen zum „Volkshaus“, wofelbst sich der Leipziger Gauvorstand und der Kreis- und Ortsvorstand der Drucker eingefunden hatten. Nach der gegenseitigen Begrüßung der Leipziger und Erfurter Kollegen wurde dem Kollegen Pampel das Wort zu seinem Vortrag „Nationalisierung“ erteilt. Leider war die Zeit für einen derartigen Vortrag viel zu kurz, um richtig durchgesprochen werden zu können. Hoffen wir, daß Kollege Pampel diesen Vortrag nochmals bei einer andern Gelegenheit, wo mehr Zeit zur Verfügung steht, wiederholt. Der Referent erntete reichen Beifall. Hierauf folgte ein gemütliches Beisammensein. Am Sonntag früh war Besichtigung der neuen Buchdruckerlehreanstalt. Dieser neue und moderne Bau sowie seine Inneneinrichtung riefen bei den Kollegen berechtigtes Erstaunen hervor. Hierauf fuhrten wir mit Omnibussen, die von der Firma Böttcher gestellt wurden, zu der gut und modern eingerichteten Walzengalanstalt von Böttcher, wofelbst der ganze Hergang des Walzengusses erläutert wurde. Der Nachmittag stand zur freien Verfügung. Der Firma Böttcher für ihr freundliches Entgegenkommen sowie der Firma Bobach an dieser Stelle nochmals unseren besten Dank. Ebenfalls besten Dank allen Leipziger Kollegen, die zu der gut verlaufenen Veranstaltung sowie zu den gemütlichen Stunden beigetragen haben. — Am 18. September hielten wir eine kombinierte Versammlung mit dem Bildungsverband ab, zu welcher auch die Lehrlingsabteilung eingeladen war. Als Referent war Herr Kreisinspektor Steinberg (Leipzig) gewonnen, der über das Thema „Warum stagniert das Druckgewerbe?“ sprach. Anschließend wurde ein Lichtbildervortrag über Spiegelmaschinen ebenfalls von Herrn Steinberg gehalten. Der Referent verstand es sehr gut, die heutige Lage, die er katastrophal nannte, zu schildern und Ratsschläge zur Hebung des Gewerbes zu geben. Er erntete reichen Beifall, woraus man schließen konnte, daß die Kollegen mit großem Interesse den Ausführungen gefolgt waren.

Insterburg. Am 26. Oktober feierten wir das zehn-jährige Stiftungsfest unseres Ortsvereins. Die Räume des Innungshauses waren in sinniger Weise hergerichtet, so daß sie einen anheimelnden Eindruck machten. Eingeleitet wurde das Fest durch mehrere flott gespielte Konzertsätze. Der darauf folgende Prolog, von einem Kollegen verfaßt und von einem Jungbuddrucker gut vorgetragen, wurde ebenfalls beifällig aufgenommen. Ein eigens zum Fest von Kollegen gebildetes Quartett brachte darauf zwei Lieder zum Vortrag. In seiner Begrüßungsansprache hieß Vorkühner S a m a n n die erschienenen Gäste, unter denen sich auch viele auswärtige Kollegen mit ihren Damen befanden, herzlich willkommen. Gauvorsteher K e i z e r (Königsberg) hielt die Festrede. In dieser gab er einen anschaulichen Einblick von der Entwicklung unseres Ortsvereins in den zehn Jahren seines Bestehens und forderte die Mitglieder auf, dem Verbande stets die Treue zu bewahren. Die Rede, die von den Anwesenden begeistert aufgenommen wurde, klang aus in ein Hoch auf den Verband. Darauf überbrachte Kollege T h i e l s c h, Vorkühner des Ortsvereins Gumbinnen, dessen Gläubwünsche. Für den Ortsausschuß Insterburg des DGB, der Böttcher dessen Vorkühner, Kollege S c h u l z, Gläubwünsche. Eine besondere Weihe erhielt die Feier durch die Ehrung des Kollegen M i m p f e, dem anlässlich seiner 50-jährigen Verbandzugehörigkeit ein geschmackvolles Insigne überreicht wurde, das er mit Dankesworten in Empfang nahm. Zu den Gründern des Ortsvereins zählen die Kollegen Kämpfe und Nitzsche, die auch heute noch dem Ortsverein Insterburg ununterbrochen angehören. Ein flotter Marsch leitete zum Tanz über. In den Pausen wurden humoristische Vorträge gehalten. Eine Verlosung brachte den glücklichen Gewinnern allerlei teils nützliche, teils lustige Geschenke, die freudigabnehmend entgegen genommen wurden. Wohl jeden Teilnehmer dürfte das gut verlaufene Fest mit Befriedigung erfüllt haben.

Und die höhere Gesellschaftsform, der die gegenwärtige Gesellschaft entgegengesetzt, ist eben, das hat Marx auf Grund streng wissenschaftlicher Untersuchung der sozialen Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise unüberleglich nachgewiesen, die sozialistische Gesellschaft. Sie ist eine Gesellschaft ohne Beherrschung der Wirtschaft durch das Grundeigentum und den kapitalistischen Besitz, ohne Ausbeutung der Besitzlosen durch die Inhaber der Produktionsmittel. Auf diese Weise gibt der Marxismus der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft und ihren Kämpfern aus anderen Gesellschaftsschichten, die sie gegen den Verfall in Entmutigung ob zeitweiliger Rückschläge schützende Gewißheit auf den Weg, daß ihrem Kampf für eine Gesellschaftsordnung, die der Herrschaft des Besitzes ein Ende macht, die Zukunft gehört. Zugleich liefert er den Kämpfern den Maßstab für das jeweils auf dem Gebiete radikaler Sozialpolitik Mögliche und Zweckmäßige, und sichert sie dadurch gegen die Verleitung zu abenteuerlichen Experimenten, die radikal scheinen, aber, weil ohne Rücksicht auf Durchführbarkeit unternommen, nutzlose Opfer verursachen und mit Notwendigkeit reaktionär wirken.

Der Marxismus ist die wissenschaftliche Grundlage jeder den Tatsächlichkeiten auf materiellem und geistigem Gebiet gerecht werdenden sozialistischen Politik. In höherem Grade und strenger Durchsicht als jede andere sozialistische Doktrin ist er organische Entwicklungstheorie. Er lehrt, daß der Entwicklungsgang der Menschheit ein durch die Natur und die Entwicklung ihrer Produktionsmittel und Produktionsmethoden bedingter organischer Vorgang sei, und zeigt mit dem Nachweis von der Notwendigkeit der Entwicklung zum Sozialismus dadurch zugleich auch die Möglichkeit eines Vollzuges dieser Entwicklung auf organischen, das heißt unblutigen und von der Zerstörung freiem Wege.

E. Pf.

Leipzig. (Korrektoren. — Vierteljahrsbericht.) Das vergangene Vierteljahr stand im Zeichen des 25-jährigen Jubiläums, das die Kräfte des Verbandes in starkem Maße beanspruchte. Deshalb fand nach dem im Juli erfolgten Bericht vom Korrektorentag im August nur eine Stadtpartie statt. Kurz vor dem Jubiläum wurde zum Zwecke der Propaganda für dieses noch eine Veranlassung mit Frauen einberufen, in der Schriftsteller Schöffner einen unterhaltenden Vortrag mit Lichtbildern über „Eine Wanderung durch Südamerika“ bot. — Nach der schön verlaufenen Jubiläumsfeier folgte mit dem Oktober wieder die erste Vereinsarbeit ein. Gleich in der ersten Oktoberwoche begannen die Kurse in den Räumen der neuen Buchdruckerlehreanstalt. Den Kursus über Rechtschreibung leitete Kollege Schmiedel mit fast 100 Teilnehmern. Einen andern Kursus über guten Stil übernahm der Bibliothekar der Deutschen Bücherei, Herr Dr. Rodenberg. Auch dieser Kursus weist gute Beteiligung auf. — Die Oktoberversammlung war äußerst zahlreich besucht. Unter „Vereinsmitteilungen“ streifte der Vorkühner noch einmal kurz den Verlauf des Jubiläums, wozu der Kassierer die Abrechnung gab, die, wie vorauszuweisen war, mit einem nicht unbedeutenden Fehlbetrag abschloß. Es konnten auch wieder einige neue Mitglieder begrüßt werden. Über den Arbeitsmarkt wurde leider nur ein trübes Bild gegeben, da in mehreren Druckereien Kündigungen erfolgt waren, wozu auch eine Reihe älterer Kollegen betroffen wurden. Während das Reichstelephonabrechnung beendet worden ist, hat die Firma Scherl für das Leipziger Adreßbuch bis jetzt noch keine Korrektoren eingestellt, sondern läßt die Korrekturen von Nichtfachleuten in gemieteten Hotelzimmern lesen. Durch Eingreifen des Gauvorstandes soll dem im vorigen Jahre ergangenen Urteil des Landesarbeitsgerichts Nachdruck verliehen werden. (Zwischen hat das Seherpersonal die Arbeit niedergelegt, um die Einstellung von Korrektoren zu tarifmäßigen Bedingungen zu erreichen.) Nach den „Vereinsmitteilungen“ ergriff Kollege S t a u t s das Wort zu seinem Vortrag über den „Großen Duben“. Er geisterte vor allem die Beibehaltung der verschiedenen Doppelformen und -schreibungen, die gegenüber der vorigen Ausgabe noch eine Vermehrung erfahren haben, so daß es fast rasend wäre, wieder einen Buchdrucker-Duben herauszugeben. Er behandelte dann in ausführlicher Weise die Vorbemerkungen zum Duben und erläuterte an Hand von anschaulichen Beispielen die Neuerungen und Verbesserungen des Duben. Die hierauf einsetzende rege Aussprache war im allgemeinen mit den Ausführungen des Vortragenden einverstanden. Kollege S t e p h a n wies noch besonders auf die uneinheitliche Schreibung der Ortsnamen im Verzeichnis der Deutschen Reichspost hin. Zum Schluß stimmte die Versammlung folgender Entschließung zu: „Die gut besuchte Versammlung des Leipziger Korrektorenvereins vom 18. Oktober 1929 ist mit den ersprießlichen Ausführungen des Vortragenden über den „Großen Duben“ einverstanden und stimmt mit ihm darin überein, daß die neue Bearbeitung weiter von einer Einheitschreibung entfernt ist als die früheren Ausgaben. Die Versammlung ist überzeugt, daß eine Besserung erst nach einer gründlichen Reform der deutschen Rechtschreibung durch das angestrebte Sprachamt eintreten wird. Sie fordert deshalb die Zentralkommission der Korrektoren auf, in Gemeinschaft mit dem Deutschen Sprachverein Entschieden für dieses Ziel einzutreten.“ — Am letzten Sonntag des Oktober konnte der Verein die neue Buchdruckerlehreanstalt mit Meisterkursen besichtigen. Der Vorkühner des Leipziger Buchdruckerlehrevereins, Herr M e k e l, begrüßte die zahlreich erschienenen im geräumigen Empfangsraum und gab einige Erläuterungen über Entstehung, Kosten und Einrichtung des Baues. Ein zweistündiger Rundgang führte die Teilnehmer durch das im neugebauten Bauwerk errichtete und mit neuen Einrichtungen versehene Haus. Für alle Gebiete des Buchdruckgewerbes waren die besten und praktischsten Maschinen und Apparate vorhanden. Die Materialien in den zwei großen Seheräfen und im Maschinenaal waren alle nach den Normen des Graphischen Normenausschusses hergestellert. Alle Teilnehmer waren darin einig, daß es eine Freude sein müßte, Schüler einer solchen Schule zu sein. Den Herren, die in freundschaftlicher Weise uns durch die Schule, die sicher für jeden Gutenbergjünger eine Sehenswürdigkeit bildet, geführt haben, sei auch an dieser Stelle nochmals gedankt.

Magdeburg. (Handwerker.) In einer am 5. Oktober einberufenen Versammlung der Handwerker Magdeburgs hielt Kollege W o l f r a m (Leipzig) ein Referat über die Wichtigkeit der Handwerkervereine. Seine treffenden Ausführungen fanden reichen Beifall, und es konnte an diesem Tage die Gründung der Handwerkervereine Magdeburg vollzogen werden. 80 Kollegen schlossen sich an. In der ersten ordentlichen Versammlung unserer Vereinigung am 26. Oktober konnte erfreulichweise eine Verdopplung der Mitgliederzahl konstatiert werden. Fleißige Agitation wird unsere Mitgliederzahl noch stärken. Ernste Arbeit gilt es zu leisten unter dem Grundsatz: „Alles für den Verband“.

gz. Schönewitz. Am 19. Oktober wurde ein sehr mäßiger Besuch auf. Von den auf der Tagesordnung stehenden Punkten interessierten am meisten der Kassenericht, der Kartellbericht und Gebührensatzungen. Der Kassenericht hat sich erfreulichweise nach langer Zeit wieder. Beim Kartellbericht wurde noch bekanntgegeben, daß im November von den Gewerkschaften hier am Orte ein Betriebsrat ausgearbeitet und um Entsendung einiger Kollegen gebeten wird. Die Versammlung beschloß demgemäß. Weiter wurde angeregt, wie bisher auch in diesem Jahre zu Weihnachten der Kollegenwitwen bzw. Invaliden und arbeitslosen Kollegen zu gedenken. Ein Beschluß wurde jedoch noch nicht gefaßt; die Angelegenheit wurde vertagt.

Schweinfurt. Eine Bezirks-Verkehrszusammenkunft am Vormittag des 27. Oktober erfreute sich eines zahlreichen Besuchs seitens unseres Nachbargewerks. Auch waren viele Kollegen von hier und auswärts erschienen. Das Referat des Kollegen L e i d i n g e r, Gewerkschreiber der Fachschule Nürnberg, wurde mit großem Beifall quittiert. In seinem Vortrag über die Gehaltsprüfung verstand es

der Redner, die Anwesenden vom Anfang bis zum Ende zu fesseln. Ebenso wurde die ausgestellten Entwürfe von Fachjuristen einer kritischen Betrachtung unterzogen. Anwesend waren aus sechs Druckereien 19 Jungbuddrucker. Verschiedene Druckorte waren leider nicht vertreten, was im Interesse der jungen Leute bedauerlich ist. — Am 28. Oktober fand eine Versammlung am Nachmittag statt, an der den Bezirkskollegen besser besucht sein können. Erschienen waren von Rissingen 11, Gerolshausen 3, Hofheim 2, Hahlfurt ein und vom Vorort 21 Kollegen, drei Druckorte waren nicht vertreten. Eine Besserung des Besuches der Bezirksversammlungen wäre sehr wünschenswert, zumal die Bahnverbindung nach jeder Richtung hin eine gute ist. Aus den Berichten der einzelnen Vertrauensleute war zu entnehmen, daß die tariflichen Verhältnisse gute sind und der größte Teil der Kollegen mit Leistungszulagen bedacht ist. Als Bezirksvorsitzender wurde Kollege S r u n n einstimmig wiedergewählt. Beschlossen wurde, ein Bezirksjubiläumsfest 1930 zu feiern. Die Frühjahrsvierteljahresversammlung findet im Mai nächsten Jahres in Hahlfurt statt.

Schönb. (Ga.) Am 26. Oktober wurde ein sehr zahlreicher Besuch. Einen solchen hatten wir wohl das ganze Jahr nicht zu verzeichnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beglückwünschte der Vorkühner den Kollegen P e t a s c h zu seinem 50-jährigen Berufsjubiläum. Dann erstattete Kollege B e t t (Neustadt) Bericht über den Gantag, den die Kollegen mit großem Interesse verfolgten. Schließlich entspann sich auch wieder eine Debatte betreffs der Lehrlingsabteilung, da es hier am Ort zweierlei Meinungen gibt. Gleichzeitig zirkulierten Listen für einen Betriebsrat. Mit Freuden stellte man fest, daß sich ein großer Teil der Kollegen daran beteiligen wird.

„r. Siegen.“ Am 3. November tagte am 3. November unsere dritte diesjährige Bezirksversammlung. Außer den Orten Heubingen, Schmalenborn und Winterberg waren alle Bezirksdruckorte vertreten. Nach Befürwortung eines Ausnahmegegengesetzes brachte Vorkühner M e r k e l die eingegangenen Mitteilungen zur Kenntnis. Der Kassenericht vom dritten Quartal lag gedruckt vor, und dem Kassierer K a s a wurde Entlastung erteilt. Aus den Berichten der Vertrauensleute war zu ersehen, daß allerorts eine Geschäftslage eingetreten ist und daß es hier und dort an Aufträgen mangelt. Auf einen Mißstand in der Lehrlingsabteilung wurde hingewiesen und Abstellung gefordert. Seitens einiger Firmen wird versucht, die Lehrlingsabteilung auftritt zu öffnen, mitten im Jahre vorzunehmen, und zwar ohne Ablegung der Eignungsprüfung. Nach Regelung der Fahrtentschädigung und interner Sachen fand die Versammlung ihren Abschluß. — Anschließend an die Bezirksversammlung erfolgte die 20. Gründungsfeier des Ortsvereins Heubingen-Wissen-Kirchen. Bei Ansprachen, Gesang, Tanz, Verlosung und allerlei Kurzweil kam eine heitere Stimmung auf. Nur zu schnell gingen die Stunden dahin. Man trennte sich in dem Bewußtsein, ein schönes Fest im Kollegenkreise gefeiert zu haben.

H. Triberg (Schwarzwald). Der Ortsverein Triberg-St. Georgen-Hornberg feierte am 26. Oktober in Triberg sein zehnjähriges Bestehen. Wenn auch zehn Jahre Ortsverein noch keine Zeitspanne sind, die es wert erscheinen läßt, diesen Anlaß festlich zu begehen, so ist es doch für die Verhältnisse des Schwarzwaldes ein schönes Stück Gewerkschaftsarbeit, das in dieser Zeit geleistet wurde. Die ersten Anfänge der Organisationsarbeit im Schwarzwald reichen zurück bis um die Zeit der Jahrhundertwende. Damals wurde die Agitation von Triberg aus über den ganzen Schwarzwald geleitet. Aus kleinen Anfängen heraus arbeiteten überzeugte Gewerkschaftler am Aufbau des Verbandes im Schwarzwald. Die Gründung des Ortsvereins wurde im Jahre 1919 vollzogen; es war ein Mann in der Zeit der unsicheren Wirtschaftslage, aber es ist gelungen, zum Segen der Organisation. Die Mitgliederzahl ist von 12 im Gründungsjahre auf 28 angewachsen. Der Ortsverein steht heute innerlich gestärkt da als Hüter der Arbeiterinteressen. Freilich hat der junge Ortsverein mehrere Kräfte übersehen müssen, aber er hat sie überwunden dank der zielbewußten Arbeit seiner Funktionäre und der treuen Mitarbeit der Mitglieder. Selten findet man heute noch eine solche Einmütigkeit in gewerkschaftlicher und kollegialer Hinsicht wie in unserm Ortsverein. So ist auch das kleine Fest zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden verlaufen. Nach der Begrüßung und dem Rückblick durch den Vorkühner verbreitete sich unter allseits gefächelter Bezirksvorsitzender K e i b e l (Lahr) über das Wesen der Organisation. Ausgehend von den Aufgaben des Ortsvereins, streifte er vor allem die vielumstrittene Frage der politischen und konfessionellen Neutralität des Verbandes. Er betonte, daß in unserm Verbande Platz für jeden sei, der es mit der Devise „Einer für alle und alle für einen“ ernst nimmt. Gerade dieses Thema verdient in Anbetracht der besonderen Verhältnisse im Schwarzwald größtes Interesse. Es sei unbedingt erforderlich, daß den Mitgliedern in parteipolitisch und konfessioneller Hinsicht die nötige Freiheit gelassen wird, wenn nicht anderen Organisationen, voran dem Guttenbergbund, Vorzugsdienste geleistet werden sollen. Die Ausführungen des Redners wurden mit allseitigem Beifall aufgenommen. Gläubwünsche überbrachten außer dem Bezirksvorsitzenden im Namen des Bezirksverbandes noch Kollege K e n g a r t (Willingen) im Auftrage des dortigen Ortsvereins. Nach Ehrung zweier verdienter früherer Funktionäre und eigentlicher Gründer kam die Gemütlichkeit zu ihrem Recht. Der Verlauf des Festes bewies, daß es noch auf bestellte ist mit dem alten Buchdruckergeist. Mancher größere Ortsverein muß uns beneiden um die gute Harmonie und das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb unserer Mitglieder. Mit neuem Mut blicken wir in die Zukunft, die Arbeit, die unser noch hart, nicht flüchelt. Vertrauen auf die pflichtbewusste Unterfertigung aller Verbandsinstanzen schauen wir den Aufgaben, die uns noch bevorstehen, entgegen und geloben, ein tätiges Glied sein zu wollen im Körper des Verbandes, zum Wohle und zum Segen der Arbeiterbewegung.

Allgemeine Rundschau

Lohnender Nebenverdienst. Mit diesem Rißer suchte und fand die sogenannte Verlagsdrucker Richard Otto Meyer in Hannover, Eintrachtstraße 15, durch Inserate in vielen Zeitungen Ausplünderungsobjekte unter den Erwerbslosen. Daß auch Kollegen zu den Reklamananten und Leidtragenden gehörten, ging aus vielen Anfragen hervor, die bei unsern Verbandsfunktionären in Hannover aus allen Gegenden Deutschlands einliefen. Zur Warnung diene folgender Bericht über eine Gerichtsverhandlung gegen den früher in Düsseldorf und jetzt in Hannover wohnenden Kaufmann Richard Meyer, geboren am 1. Juli 1904 in Reinfeld. In den von ihm veröffentlichten Anzeigen wurden Adressenfreier gesucht, denen ein Tagesverdienst von 5 bis 12 M. zugesichert wurde. Die Zahl der Erwerbslosen ist groß, und es ist durchaus verständlich, wenn sich eine ganze Reihe von Personen auf diese Anzeigen meldeten, in der Hoffnung, ihren niedergebrochenen Finanzen dadurch etwas auf die Beine zu helfen. Den Interessenten wurde darauf mitgeteilt, daß sie 3,80 M. für Arbeitsmaterial usw. einzufenden hätten, was auch in sehr vielen Fällen geschah. Für ihre 3,80 M. erhielten die Arbeitssuchenden eine Unmenge Reklamematerial und die Mitteilungen, aus Adress- und Telefonbüchern Versicherungsbeamte, Kurzwarenhandlungen usw. herauszuschreiben und einzufenden. Weiter wurde die Einblendung der Adressen von Neugeborenen, Verlobten mit Angabe der Wohnung usw., von Neuvermählten, Hausfrauen, Schaustellern, Stotterern u. a., überhaupt alles, was es an Adressen auf diesem Planeten gibt, gefordert. Die meisten der Interessenten blieben schon nach Empfang dieser Musterkollektion ein, daß sie hereinfallen waren, und verlangten ihr Geld zurück. Nur in den seltensten Fällen ließ der „Verlag“ etwas von sich hören, und an ihn gefandte Nachnahmen kamen uneingeführt zurück. Es folgten Anzeigen wegen Betrugs, und die Zahl dieser Anzeigen schwoll derartig an, daß in der Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht nicht weniger als eine Schiedsstelle vom Akten auf dem Richterisch lag. Der Angeklagte erklärte, unschuldig zu sein, die Sache sei durchaus korrekt. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er nicht in hannoverschen Zeitungen inseriert habe, schrie er sich aus, worauf ihm der Vorsitzende erklärte, wenn es gegessen wäre, hätten die Hingefallenen ihm die Bude eingelaufen und ihn fürchterlich verprügelt. Die kommissarisch vernommenen Zeugen in allen Teilen des Reiches fühlten sich sämtlich betrogen; aus diejenigen, die dem Angeklagten zuerst Anerkennungsbriefe geschrieben hatten, die dieser dann als Reklame benutzt hatte, fielen über ihn her. Der Vertreter der Anklage bezeichnete die Handlungsweise des bisher unbescholtenen Angeklagten als besonders gemein. Er habe armen, unbemittelten Leuten, die mit jedem Groschen rechnen müßten, das Geld aus der Tasche gezogen. Er beantragte sechs Monate Gefängnis. Das Gericht war milde, es erkannte nur auf 600 M. Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtzahlungsfalle 60 Tage Gefängnis treten sollen. Auch das Gericht war der Meinung, daß die Handlungsweise des Angeklagten verwerflich sei. Er habe armen, unbemittelten Leuten den letzten Pfennig abgenommen, ohne ihnen dafür irgendeinen gewinnbringenden Gegenleistung zu schaffen. Der Angeklagte erklärte, Bezugs einzulegen zu wollen. Auf jeden Fall sei hier vor einem Hineinfall auf Inserate gewarnt, in dem „Lohnender Nebenverdienst“ versprochen wird.

Was Schölen? Der durch sein tarifliches und organisatorisches Wirken im Buchdruckgewerbe bekannte Buchdruckermeister Max Schölen in Berlin schied vor einigen Tagen durch Einatmen von Leuchtgas freiwillig aus dem Leben. Als der Portier des Fabrikgrundstückes, der durch den Gasgeruch aufmerksam geworden war, mit einem offenen Licht den mit Gas gefüllten Raum betrat, erfolgte eine Detonation, durch die Wände und Fenster des Maschinenraumes auseinandergerissen wurden. Dabei wurde der Portier schwer verletzt. Auf die Nachricht von der Explosion eilte ein großes Aufgebot von Fahrzeugen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes zur Unglücksstelle. Als die Feuerwehrlente in den zerstörten Raum eindrangen, konnten sie nur noch die Leiche des Druckereibefehlshabers unter den Trümmern bergen. Über die Gründe, die den Verstorbenen zu diesem Verzweiflungsschritt getrieben haben, sind nähere Einzelheiten noch nicht bekannt geworden.

Die größte Zeitung der Welt. Im Zeitungsmuseum in Aachen, wo fast jede größere Zeitung vertreten ist, befindet sich auch die größte Zeitung der Welt. Diese kommt aus Amerika, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Die Zeitung ist 200 Zentimeter hoch, 183 Zentimeter breit im Format und ist erstmals im Jahre 1859 erschienen. Auf bombastischem, gutem Papier gedruckt, umfaßt die Zeitung 8 Seiten zu je 13 Spalten. Vertikert sind im Texte mehrere Holzschnitte. Diese Zeitung wurde zu damaliger Zeit in vier Wochen hergestellt. Die Auflage war 28 000 Stück und der Preis für das Stück betrug damals schon 320 M. Die nächste Nummer soll erst im Jahre 1930 erscheinen. Auf diese Ausgabe könnte man gespannt sein.

Eigenartige Zeitungen. Bei dem, was in Amerika an außergewöhnlichen Zeitungen das Licht der Welt erblickt, dürfte es dem europäischen Durchschnittsmenschen an einem Nachschab dafür fehlen, inwieweit solche Blätter ein wirkliches Bedürfnis erfüllen. Nach Hermann Scharfener gibt es zum Beispiel in New York eine Zeitschrift „Blätter für Mäusenfreunde“, ferner ein „Organ der Schamher“, ein „Journal für Menschenfeinde“, eine „Zeitschrift zur Pflege der Interessen aller Gegenfeindgegner“, ein „Verbandsorgan der Hinkenben“, das von einer Schußfabrik herausgegeben wird. Zeitungen origineller Art sind außerdem „Das Recht“, eine Zeitung für Leute mit Körperfehlern, die als Hausorgan eines Schönheitsinstituts erscheint, und „Der Herold“, eine Zeitung zur Wahrung der Interessen und Rechte aller Hartfälligen. Hierunter gehören wohl auch die Trennhaus- und Gefängniszeitungen, die in allen Ländern zeitweilig erscheinen und nicht allein sehr originelle Dokumente genannt werden können, sondern auch einen tiefen Einblick in die geistige Verfassung der Trennhausinsassen und des Verbrechertums gewähren.

Verleihung des Nobelpreises für Literatur. Von der schwedischen Akademie wurde der Nobelpreis für Literatur

dem deutschen Dichter Thomas Mann zugesprochen. Nach Norwegen (Sigrid Undset), Frankreich (Henri Bergson) und Italien (Grazia Deledda) empfängt damit Deutschland, dessen Wissenschaftler dem Nobelpreis schon ein stattliches Kontingent gestellt haben, zum erstenmal wieder seit 1912, wo Gerhart Hauptmann den Nobelpreis erhielt, die größte literarische Ehre, die die Welt zu vergeben hat.

Nordischer Romanpreis. Wie aus Stockholm berichtet wird, stifteten Bonniers Verlag in Stockholm, Gyldenbals Verlag in Oslo und Gyldenbals Buchhandlung in Kopenhagen zusammen einen nordischen Romanpreis im Gesamtwert von 77 500 Kronen. Jedes Land erhält drei Preise von 10 000, 5000 und 2500 Kronen, und der beste dieser neun Romane nochmals 25 000 Kronen. Preisrichter sind drei Literaturreferenten jedes Landes, und zwar für Schweden Professor Böök, Elin Wagner und Sten Selander, für Dänemark Axel Gade, Sophus Michaëlis und Sven Lange und für Norwegen Christian Elster, Einar Skarum und Karl Haerup. Der 25 000-Kronen-Preis wird von je einem dieser Preisrichter jedes Landes bestimmt.

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsitzer einzuziehen!

Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!
(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbandsaufsagen auf den Seiten 47 bis 64.)

Eine gewichtige Bibel. In der vatikanischen Bibliothek in Rom soll sich eine Bibel in hebräischer Sprache befinden, die 162 kg wiegt. Drei Männer müssen sie tragen. Die Geschichte erzählt davon, daß im Jahre 1512 eine Gruppe jüdischer Gelehrte für dieses Wert den Wert ihres Gewichtes in Gold offerierten, aber Julius II., der zu jener Zeit die Kirche regierte, schlug dieses verbotene Angebot aus. Einer weiteren Meldung aus Rom zufolge hat die Buchdruckerei im Vatikan jetzt als erstes Buch den Inbegriff der verbotenen Bücher publiziert. Das Buch, das 665 Seiten stark ist, enthält in alphabetischer Reihenfolge die Titel von nicht weniger als 5000 Büchern, die verboten sind.

Selbsthilfe — Nächstenhilfe. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist die Verwirklichung des Gedankens der allgemeinen Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Hilfe. Ihre Grundbestimmung ist altruistisch (unegoistisch), denn der Zug des selbstthätigen Ich unterliegt dem Zug der Gemeinschaft für das Wohl der Gesamtheit. Die Genossenschaft untersteht nicht zwischen Berufs-, Standes- und Klassengehörigkeit, nicht zwischen konfessionellen und politischen Überzeugungen. Solchen äußeren und inneren Sonderheiten gegenüber ist und bleibt die echte Konsumgenossenschaft neutral; sie eint alle ohne Rücksicht hierauf zu gemeinsamer Arbeit, zur Arbeit miteinander und füreinander. An dem konsumgenossenschaftlichen Schaffen können und sollen alle teilnehmen, denen der sittliche Grundgedanke der Solidarität der Gemeinschaftsarbeit mit dem Zweck des Wohles der Mitmenschen heilig ist, und alle Beteiligten sollen teilhaben an dem Erfolge, an dem Nutzen genossenschaftlicher Arbeit. Die Konsumgenossenschaft ist die Grundlage der Nährboden für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Sie ist ein Erziehungsfaktor in der Umstellung der selbstthätigen Gestaltung der Menschen zum uneigennütigen Denken und Fühlen. Sie ist eine Übungsstätte der Achtung der Menschen zueinander und der gegenseitigen Hilfe in der Sicherung und Festigung des wirtschaftlichen Daseins eines jeden. Die Erzielung des wirtschaftlichen Erfolges durch den Gemeinschaftsbetrieb der Konsumgenossenschaft erscheint zwar nur materialistisch. Oberflächlich gesehen, mag die falsche Auffassung aufkommen, die Konsumgenossenschaft sei lediglich eine Vereinigung für Vergütung. Die Erzielung wirtschaftlichen Nutzens ist jedoch nichts anderes als Erhöhung der Lebenshaltung, Festigung und Sicherung der wirtschaftlichen Existenz. Die Abgabe unerschaffter, guter, vollgewichtiger Bedarfsgegenstände zu angemessenen Preisen ist zugleich gute sittliche Handlung an Mitmenschen.

Die Lotterie der Arbeiterwohlfahrt. Jeder Gewerkschaftler weiß den Wert solcher Arbeit für das allgemeine Wohl zu schätzen, der die billige Preise nichts und die praktische Tat alles ist. Gerade darum ist anzunehmen, daß auch in diesem Jahre die Wohlfahrtslotterie der Arbeiterwohlfahrt sich großen Zuspruchs aus den Kreisen der Gewerkschaftler erfreuen wird. In dieser Lotterie, deren Reinertrag wieder in vielfältiger Form lediglich den Werksmitgliedern selbst zugute kommt, gelangen 146 474 Gewinne und zwei Prämien im Gesamtwert von einer halben Million Mark zur Ausschüttung. Es befinden sich darunter zwei Hauptgewinne im Werte von je 25 000 M., zwei im Werte von je 15 000 M., zwei Prämien zu je 10 000 M. sowie eine Reihe weiterer Hauptgewinne im Werte von je 5000 M. und 2500 M. Nur ganz wenige Lotterien dürften ähnliche Gewinnandahlen bieten, wie die Wohlfahrtslotterie 1929 der Arbeiterwohlfahrt. Dazu kommt, daß jeder Pfennig aus dem Ertrags des nun schon seit Jahren bewährten Unternehmens für die Hilfsbedürftigen der Arbeiterwohlfahrt selbst bestimmt ist. Die umfassende soziale Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt ist bekannt. Mütterberatung, Mütterhilfe, Kindererziehung, Verwahrlostenfürsorge, Gefängnishilfe, Rechts- und Sozialberatung, Erholungsheime, Kinderhorte, Heilanstalten und vieles andere — das ist die praktische Arbeit, die liberal in Deutschland die Arbeiterwohlfahrt als eine der größten staatlich anerkannten Wohlfahrtsorganisationen leistet. Wer die Bestrebungen der Arbeiterwohlfahrt unterstützen will, der sichere sich für den Betrag von nur je einer halben Mark ein oder mehrere Lose der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie

1929. Den Losverkauf vermitteln die Gewerkschaftsbüros, Konsumverkaufsstellen oder die örtlichen Verwaltungsstellen der Arbeiterwohlfahrt.

Über die Empfänger deutscher Sachlieferungen. Beim Reparationsproblem spielen die Sachlieferungen eine sehr große Rolle. Die Jänner Konferenz hat darüber namentlich auf Betreiben Englands lange und eingehend verhandelt. Der Youngplan sieht nur noch auf die Dauer von zehn Jahren Sachlieferungen vor, und es ist anzunehmen, daß deren Umfang von Jahr zu Jahr abnehmen wird. Der Wert der Sachlieferungen seit Bestehen der Dawesgesetze wird mit 2,21 Milliarden Mark angenommen. Dazu kommen noch fossile Brennstoffe in Höhe von rund 1,5 Milliarden Mark. Von letzteren war der Hauptabnehmer Frankreich, doch in Stoffen für 990 Mill. M. fossile Brennstoffe. Italien bekam für 357 Mill. M. und Belgien für 143 Mill. M. Auch von den übrigen Sachwerten nahm Frankreich die meisten Produkte ab. Von den 2,21 Milliarden Mark gingen 1,69 nach Frankreich, 243 Millionen nach Belgien, 146 Mill. nach Jugoslawien, 97 Mill. nach Rumänien, 43 Mill. nach Italien usw. An der Spitze steht die Lieferung von Maschinen in einem Umfange von 402 Mill. M., dann folgen unedle Metalle und Waren daraus mit 314 Mill. M., Land- und Wasserfahrzeuge mit 233 Mill. M., synthetischer Stoff mit 221, Chemikalien mit 161, Zellstoff, Papier, Bücher mit 148 ufw. Auf die Eisen-, Stahl- und Metallindustrie entfällt der Hauptanteil der Sachlieferungen.

Bezahlter Urlaub in Großbritannien. Die englische Arbeiterregierung hat kürzlich beschloffen, allen Staatsarbeitern einen bezahlten Urlaub von sechs Arbeitstagen im Jahr zu gewähren. Hierzu veröffentlicht die „Ministry of Labour Gazette“ einen Artikel über die große Bedeutung des bezahlten Urlaubs in Großbritannien. Danach haben jetzt 1 1/2 Millionen Lohnempfänger auf Grund von Gesamtvereinbarungen und Bezirksvereinbarungen Anspruch auf einen bezahlten jährlichen Urlaub. In den wichtigsten Industrien jedoch, wie im Schiffbau, in der Metallindustrie, in der Textilindustrie und zum Teil auch im Bergbau, wird noch kein bezahlter Urlaub gewährt. Die Bestimmungen der Vereinbarungen sind sehr verschieden. In den meisten Fällen werden den Arbeitern außer den Feiertagen noch drei bis zwölf Tage Urlaub bezahlt. Dieser Urlaub wird in der Regel erst nach einer Betriebszugehörigkeit von sechs bis zwölf Monaten gewährt. Nach einigen Vereinbarungen, die auf die Schuhindustrie, die Wollspinnerei in Leicester, die Lederindustrie und das Buchdruckgewerbe in London Anwendung finden, müssen die Arbeiter selbst einen Beitrag zum bezahlten Urlaub leisten. Die Bezahlung wird bei den im Feiertage beschäftigten Arbeitern nach dem Wochenlohn berechnet, in ähnlicher Weise erfolgt die Bezahlung für die Arbeiter, die im Stillstand arbeiten. Oft wird auch die Bezahlung nach dem Durchschnittslohn der dem Urlaub vorangegangenen zwölf Monate berechnet. Verschiedene Vereinbarungen legen auch vor, daß der Urlaub in aufeinanderfolgenden Tagen und nur im Sommer gewährt werden soll. Häufig legen die Vereinbarungen auch grundsätzlich die Unabhängigkeit des Urlaubsanspruches vor.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber Hamburg, Postenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Kunst und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Verwertung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

Einführungsfrist für die Patentanmeldungen: 24. Dezember 1929.

Patentanmeldungen (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 24. Oktober 1929):

- Pat. 15a 67 565 Brand Henry Buepmeier, Dayton, Ohio, U. S. A., „Erfindungsvorrichtung für Seilmaschinen, bei der die Seile in einer Walze nach abwärts gleiten und die zugehörige Tasse bei dem Aufsteigen der unteren Tasse festgehalten wird.“
- Pat. 15a 67 566 Dr. Ing. Hermann G. m. b. H., Berlin N 4, „Gastseilmaschine.“
- Pat. 15a 67 567 Hermann G. m. b. H., Berlin O 27, „Vorrichtung zum Aufsteigen der Seile auf die Seilmaschinen.“

Patenterteilungen:

- Pat. 15a 485 718 Hultine und Maschinen Emslie, London.
- Pat. 15a 485 719 Hultine und Maschinen Emslie, London.
- Pat. 15a 485 720 Hultine und Maschinen Emslie, London.

Literarisches

„Die weiße Viole.“ Ein Roman aus Mexiko von W. Trauen. Die Romane und Erzählungen dieses in Mexiko lebenden Schriftstellers gewähren einen tiefen Einblick in die sozialen Verhältnisse des Landes. Sein neuester Roman „Die weiße Viole“, der der W. G. L. d. G. m. b. H. in Berlin SW 61, als prächtiger 30-Mark-Band erschienen, läßt die Untergründe des mexikanischen Lebens deutlich werden. Der Roman um das El in Mexiko ist der Gegenstand dieses Romans, die er erleben läßt, wie der amerikanische Kapitalismus mit den letzten Mitteln eines primitiven mexikanischen Urkommunismus anzuwandeln. „Die weiße Viole“ ist eine mexikanische Dichtung, die mitten im Bereich einer großen amerikanischen Diktatur liegt. Im Zentrum dieser Diktatur ist ein hartes Elvorkommen festgesetzt worden, und die Kompanie mit der „Weiße Viole“ auf jeden Fall erproben. Aber der Meister der Dichtung, ein alter Mexikaner, ein Patriarch, der sich zu allen Bewohnern der Diktatur wie zu Familienangehörigen verhalten muß, sieht den Verkauf ab, weil es ihm nicht einfallen will, den Diktatur zu verlassen. Er ist ein Elvorkommen, das sich freut, daß den fälschlicherweise Amerikaner ein einmal die Diktatur verlassen wird, ohne daß der mexikanische Diktatur daraus Schwierigkeiten entstehen müssen. Lebt es ab, den Meister der Diktatur im Elvorkommen der amerikanischen Diktatur, aber der mexikanische Diktatur, der es in langen und erbitterten Kämpfen mit der Diktatur, mit der Diktatur, mit den Diktaturorganisationen gelernt hat, hart und unumgänglich zu sein, hat sich vorgenommen, die „Weiße Viole“ zu brechen. Er läßt durch seine Diktatur den Meister der Diktatur an amerikanischen Diktatur verfallen, und dort auf mexikanische Weise umbringen. Die Diktatur eines gefallenen Diktatur wird die „Weiße Viole“ dem Volk der amerikanischen Diktatur einverleibt. Die Mexikaner machen Schwierigkeiten, aber da kommt den Amerikanern der Einfluss Amerikas in Diktatur, der der mexikanischen Diktatur keine Zeit läßt, sich um die „Weiße Viole“ zu kümmern.

